

DIE LINKE. Sachsen, Kleiststr. 10 A, 01129 Dresden

Bundesverband der Deutschen Milchviehhalter
Steintor 2a
19243 Wittenburg

Landesgeschäftsstelle

Landesvorstand Sachsen

Kleiststr. 10 a
01129 Dresden

Telefon 0351 - 85 32 721
Telefax 0351 - 85 32 720

kontakt@dielinke-
sachsen.de
www.dielinke-sachsen.de

Dresdner Volksbank
Raiffeisenbank e.G
Konto-Nr. 271 990 100 2
BLZ 850 900 00
IBAN:
DE75850900002719901002
BIC: GENODEF1DRS

Dresden, 10. Juli 2014

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Sachsen

Ihr Schreiben vom 19. Juni 2014

Sehr geehrter Herr Kleindienst,
sehr geehrte Damen und Herren,

die von Ihnen zugesandten Wahlprüfsteine beantworten wir gern wie folgt.

Landespolitik: Leitbild für Sachsen

Bereits frühzeitig hat sich DIE LINKE in die Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik mit eigenen Vorstellungen zu Wort gemeldet. Um innerhalb der 1. Säule ökologische und soziale Leistungen honorieren zu können, wollten wir sie aus zwei Komponenten zusammensetzen. Insbesondere mit der sogenannten Arbeitsprämie haben wir Akzente gesetzt. Damit sollten Arbeit und Einkommen in den ländlichen Räumen gezielt gefördert und arbeitsintensive Wirtschaftsweisen – sofern sie aus Umweltaspekten sinnvoll sind – gestärkt werden.

Wir wollen allen Betriebsformen in Sachsen gute Entwicklungschancen einzuräumen. Zu beachten ist dabei, dass große, insbesondere wenig arbeitsintensive Betriebe in der Regel wirtschaftlicher arbeiten können. Nicht um Märkte zu verzerren, sondern um Vielfalt beizubehalten sind insbesondere die arbeitsintensiveren und kleineren Betriebe zu stärken.

Es ist anzunehmen, dass nach 2020 die Fördermittel deutlich spärlicher ausfallen werden. Insofern ist es erforderlich, in dieser Förderperiode langfristig tragbare, sinnvolle und durchhaltbare Strukturen zu schaffen und gezielt zu fördern. Dabei sind regionale Verarbeitungskapazitäten und Vermarktungswege durch gezielte Investitionen zu stärken.

Investitionen in landwirtschaftliche Tierhaltung sind nicht am Limit des derzeit gesetzlich Zulässigen zu fördern, sondern vorausschauend und an den tatsächlichen Lebensbedürfnissen der Tiere orientiert.

Landwirte als „Restgeldempfänger“ zu betrachten, muss ein Ende haben. Dazu ist deren Marktmacht beispielsweise durch aktive Erzeugergemeinschaften zu stärken. Vertrauen in

landwirtschaftliche Produkte kann nur bei kostendeckenden Preisen für gute Produkte eingelöst werden. Eine zwei-Klassen-Ernährung lehnen wir jedoch ab.

Die angestoßene Diskussion über mangelnde Regionalität, Qualität, Umweltschäden und –belastungen sowie gestiegene VerbraucherInnenwünsche lassen sich nicht wegwarten. Statt Appellen an möglicherweise wünschenswertes VerbraucherInnenverhalten ist eine sachliche VerbraucherInnenaufklärung über Produktionsweisen in Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitung vorzunehmen.

Wir unterstützen die Einführung eines ernstzunehmenden bundesweiten Tierwohl-Labels und regionale Vermarktungsinitiativen.

Milchhandel, Gentechnik und die EU

Milchmarkt

1. Unterstützen Sie die Einführung von weiteren Kriseninstrumenten (wie bspw. das Marktverantwortungsprogramm des BDM) für den Milchmarkt auf europäischer Ebene?

Ja. DIE LINKE unterstützt alle Maßnahmen für einen stabilen, auch sozial-ökologische Kriterien berücksichtigenden Milchmarkt. Das heißt mehr Krisenprävention, Frühwarnsysteme und wirksame Krisenreaktionsinstrumente. Die bestehende Marktordnung hat versagt, wie die vergangenen Jahre (leider) eindrucksvoll zeigten. Auch wenn der Milchpreis zwischenzeitlich besser war, konnten die Kosten einer nachhaltigen Milchproduktion oft nicht gedeckt, geschweige denn die großen finanziellen Verluste aus den Krisenjahren ausgeglichen werden. Und aktuell mehren sich die Anzeichen einer erneuten Verschlechterung der Situation. Der Spielraum für existenzsichernde Löhne, Investitionen in mehr Tierwohl oder bessere Arbeitsbedingungen bleibt so sehr begrenzt.

Die großen Preisschwankungen am Markt sind ein erhebliches Betriebsrisiko. Eine verantwortliche EU-Agrarpolitik darf die Milchviehbetriebe aus Sicht der LINKEN nicht schutzlos den Kräften des ruinösen Dumpingpreiswettbewerbs aussetzen. Dafür braucht es wirksame Kriseninstrumente. Dazu gehören Instrumente für eine eigenverantwortliche Steuerung der Milchmenge, mehr Transparenz bei der Milchpreisbildung, eine unabhängige Milchmarktbeobachtung als Frühwarnsystem und die Stärkung der MilcherzeugerInnen am Markt (z.B. durch Förderung ihrer Zusammenschlüsse).

2. Die EU-Kommission hat sich für die Einrichtung einer Monitoringstelle ausgesprochen. Sollte diese lediglich beobachten oder auch aktiv in den Markt eingreifen?

Aus Sicht der LINKEN sollte die Monitoringstelle vor allem als Frühwarnsystem funktionieren und die analytischen Grundlagen liefern für die Entscheidungen über Kriseninterventionsmaßnahmen. Eine klare Trennung von Risikoanalyse und Risikomanagement ist grundsätzlich richtig und auch bei der Marktbeobachtung sinnvoll, um die Analyse möglichst unabhängig von den Zwängen der ggf. umzusetzenden Maßnahmen zu halten.

3. Unterstützen Sie die Forderung des BDM nach einer Stärkung der Marktstellung der Milchviehalter - gerade in Anbetracht der Konzentration auf der Molkereiseite bzw. des Entstehens von transnationalen Genossenschaften?

Ja, das kritisieren wir seit Jahren. Die Machtkonzentration auf Seiten der Molkereien und des Handels hat dazu geführt, dass die Milchviehbetriebe einem ruinösen Preiswettbewerb ausgesetzt wurden und etliche Betriebe aufgeben mussten. Hinzu kam, dass die Milchquote nie funktionieren konnte, weil sie am grünen Tisch zwischen Politik und der Industrie ausgehandelt wurde und nie das Ziel eines stabilen, nachhaltig wirksamen weil nachfrageorientierten Milchmarktes hatte, sondern höchstens die Produktionsmengensteigerung verlangsamten sollte.

DIE LINKE unterstützt alle Formen der Kooperation und engeren Zusammenarbeit, die die Erzeugerinnen und Erzeuger stärken. Insbesondere das Genossenschaftsmodell kann eine sehr demokratische Struktur sein, wenn ihr ursprünglicher Gedanke eines solidarischen Wirtschaftens wieder stärker gesetzlich verankert und umgesetzt wird. Mindestens genauso wichtig ist aus Sicht der LINKEN allerdings auch eine Stärkung der regionalen Verarbeitung und Vermarktung.

4. Ist die Landwirtschaft ein Wirtschaftssektor wie beispielsweise die chemische Industrie, oder ist die Produktion von Lebensmitteln für Sie ein Wirtschaftssektor eigener Art?

Für DIE LINKE ist die Agrarwirtschaft kein Wirtschaftssektor wie jeder andere. Ganz im Gegenteil, sie ist die Basis für unser Leben. Denn sie produziert im wahrsten Sinne des Wortes „Lebensmittel“. Das befreit die Agrarwirtschaft selbstverständlich nicht davon, gesellschaftlich gewollte Leistungen (bspw. Klimaschutz, Umweltschutz oder Mindestlohn) zu erbringen, aber das Schrittmaß und die Reduktionsansprüche (bspw. CO₂) sollten in der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung der Agrarwirtschaft gemessen werden. Auf ein Handy kann man verzichten, auf einen Laib Brot oder einen Liter Milch nicht. Hinzu kommen die natürlichen Lebenszyklen, die kurze Reaktionszeiten auf veränderte Marktlagen kaum möglich machen. Weder Trächtigkeiten noch Vegetationszyklen können durch den Menschen variabel gestaltet werden.

Freihandel/ Gentechnik

1. Wie stehen Sie zu den Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA?

DIE LINKE sieht Freihandelsabkommen generell kritisch, da sie nicht fair, sondern auf Kosten der schwächeren Beteiligten ausgehandelt werden und in unseren Augen kaum einen langfristig sinnvollen Mehrwert zu erzeugen geeignet sind.

Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) lehnen wir ab. Das TTIP wird, sollte es in Kraft treten, den großen Banken und Konzernen und nicht der europäischen Binnenwirtschaft nützen. Konzernen soll gar ein Klagerecht gegen Staaten bzw. soziale und ökologische Standards eingeräumt werden (Investitionsschiedsgerichtsbarkeit). Es droht, dass der Finanzsektor weiter dereguliert wird, öffentliche Dienstleistungen privatisiert sowie Monopolisten im Bereich des geistigen Eigentums gestärkt werden.

Das TTIP wird, wenn wir es nicht gemeinsam mit anderen verhindern, den europäischen Markt mit Biokraftstoffen, Gentechnik-Lebensmitteln sowie Klon- und Hormonfleisch überschwemmen. Selbst die unzureichende EU-Chemikalienverordnung REACH sowie die ohnehin laxen Euro-Norm für Abgas-Emissionen stehen in Frage. Schutz und Vielfalt von Kulturgütern gemäß der UNESCO Konvention würden gefährdet.

DIE LINKE organisiert und unterstützt deshalb Initiativen – innerhalb und außerhalb der Parlamente –, die darauf gerichtet sind, die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit den USA zu stoppen.

2. Sollten gentechnisch veränderte Lebensmittel in Europa im Allgemeinen und in Deutschland im Besonderen verkauft werden dürfen?

Nein. DIE LINKE lehnt die Agro-Gentechnik grundsätzlich ab. Sie ist riskant, teuer und weitgehend nutzlos. Wir streiten für ein gentechnikfreies Europa. Im Bereich der Milchproduktion werben wir für gentechnikfreie Fütterung und unterstützen in diesem Zusammenhang die „Ohne-Gentechnik-Kennzeichnung“.

Gentechnik ist eine Ellenbogen-Technologie, die denen die Schäden und Kosten überwälzt, die sie ohnehin nicht wollen.

3. Falls ja, sollten diese Lebensmittel klar gekennzeichnet sein?

Falls es weiterhin gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittelzulassungen geben soll, dann muss dies zwingend auch auf den Endprodukten im Supermarktregal erkennbar sein. Das gilt sowohl für direkte Zutaten als auch für indirekte Zutaten, beispielsweise wenn Tiere mit gv-Futter gefüttert wurden.

DIE LINKE will die Kennzeichnungslücke bei tierischen Produkten schließen, denn das hat durch das ablehnende Verbraucherverhalten eine Nachfrage nach gentechnikfreier Fütterung zur Folge. Darüber hinaus unterstützen wir die Ohne-Gentechnik-Kennzeichnung.

4. Unterstützen Sie die Forderung des BDM, die Landwirtschaft aus den Verhandlungen auszuklammern?

DIE LINKE will das TTIP verhindern. Die Mindestforderung wäre den kompletten Bereich der Agrar- und Ernährungswirtschaft vom TTIP-Verhandlungsmandat auszunehmen. Für Profite internationaler Konzerne dürfen keine europäischen Verbraucher- oder Umweltschutzstandards verwässert werden.

Düngeverordnung

1. Unterstützen Sie die Forderung des BDM nach einer Beibehaltung der Derogation, also der Ausbringung von bis zu 230 Kilogramm organischen Stickstoff/Hektar?

Die Düngeverordnung muss dringend novelliert werden, darin sind sich mittlerweile etliche wissenschaftliche Politikberatungseinrichtungen einig. DIE LINKE fordert eine Novelle der Düngeverordnung, die wirksam dazu beiträgt, dass die Gewässer weniger belastet und die Düngung so erfolgt, dass sie effektiver den Pflanzen zur Verfügung steht und die Belastung des Naturhaushaltes durch Nährstoffüberschüsse minimiert werden. Das bedeutet eine Hoftorbilanz sowohl für tierhaltende Landwirtschaftsbetriebe, als auch für bodenlose Viehhaltung und Biogasanlagen. Ausnahmeregelungen sollten, wenn überhaupt von den natürlichen Standortbedingungen einschließlich der Wassergütemessung abhängen.

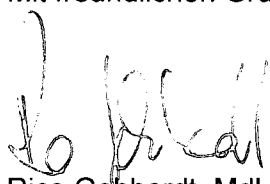
2. Unterstützen Sie die BDM e.V. Forderung nach einer Flexibilisierung der Kernsperrfisten, sofern die Viehhaltung angepasst ist?

Unter Anpassung der Viehhaltung versteht DIE LINKE die Anpassung an die Standortbedingungen. Das bedeutet Einschränkungen für die Ausbringung nach Hangneigung, für gefrorene und schneebedeckte Flächen und bei der Herbst N-Düngung nach Kulturarten.

3. Der BDM e.V. setzt sich für eine konsequentere Beachtung des Verursacherprinzips in den bestehenden Regelungen ein, d.h. stärkere Kontrolle der Problemgebiete bzw. bessere Kontrolle der Abnahmeverträge von organischem Dünger hinsichtlich ihrer Praktikabilität. Wie positionieren Sie sich diesbezüglich?

DIE LINKE setzt sich für die Durchsetzung des Verursacherprinzips ein. In Problemgebieten sollte die Kontrolle jedoch mit dem Ziel verstärkt werden, dass der Tierbestand den realen Möglichkeiten der Flächendüngung angepasst wird und Düngung nicht zur Gülle-Entsorgung verkommt.

Mit freundlichen Grüßen



Rico Gebhardt, MdL

Landesvorsitzender